

## **Israel & die Ukraine – Entlarvung des Mediennarrativs mit Dimitri Lascaris**

*Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.*

**Zain Raza (ZR):** Vielen Dank für Ihr Interesse und willkommen zu einer weiteren Folge von Die Quelle. Ich bin Ihr Gastgeber Zain Raza. Bevor ich mit dem Interview beginne, möchte ich ankündigen, dass wir vor kurzem unsere Crowdfunding-Kampagne gestartet haben, mit dem Ziel, 20.000 Euro zu erreichen, damit wir unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus im Jahr 2024 fortsetzen können. Journalismus, der von Zuschauern finanziert wird und kein Geld von Konzernen oder Regierungen annimmt. Wenn wir unser Ziel bis zum 10. Januar erreichen sollten, werden wir alle Kosten in Verbindung mit unserem Journalismus decken können, wie z. B. Steuerberatung, Versicherungen, Wartung der Website, Postproduktion, Videobearbeitung, Übersetzung, Korrektur, Vertonung und vieles mehr. Wenn wir dieses Ziel nicht erreichen, müssen wir leider unsere Kapazitäten einschränken. Wenn Sie sich also regelmäßig unsere Videos ansehen, sollten Sie sich mit einer Spende von zwei oder drei Dollar oder Euro beteiligen. Und wenn alle 145.000 Abonnenten heute nur diesen Betrag spenden, können wir nicht nur unser Crowdfunding-Ziel erreichen, sondern auch unsere Betriebskosten für die nächsten zwei bis drei Jahre decken. Heute spreche ich mit Dimitri Lascaris über den Krieg Israels in Gaza und den Krieg in der Ukraine. Dimitri Lascaris ist Journalist und Rechtsanwalt, der sich auf Sammelklagen, Menschenrechte und internationales Recht spezialisiert hat. Im Jahr 2020 kandidierte er für die Führung der Grünen Partei in Kanada und wurde Zweiter. Dimitri, willkommen zurück.

**Dimitri Lascaris (DL):** Es ist mir immer ein Vergnügen, Zain. Danke, dass ich hier sein darf.

**ZR:** Ich möchte dieses Interview mit der Ukraine beginnen. Gestern kündigte der ukrainische Präsident Selenskyj die Mobilisierung von 500.000 zusätzlichen Soldaten an, während der Krieg mit Russland in sein zweites Jahr geht. Diese Ankündigung erfolgt zu einer Zeit, in der die Ukraine Rückschläge in Bezug auf die Militärhilfe sowohl der USA als auch der EU hinnehmen musste. Im US-Kongress blockierten die Republikaner ein 60-Milliarden-Dollar-Hilfspaket unter der Bedingung, dass zusätzliche Gelder für die Ukraine mit einer Verschärfung der Einwanderungsbestimmungen einhergehen müssen. Auch

in der Europäischen Union wurde ein 52-Milliarden-Dollar-Hilfspaket für die Ukraine nicht verabschiedet, da Ungarn auf einem Gipfel in Brüssel sein Veto einlegte. Erstens: Woher genau soll Selenskyj diese 500.000 zusätzlichen Soldaten aufbringen? Und zweitens, was bedeutet die Pattsituation, in der sich die USA und Europa befinden, für die langfristigen Aussichten der Ukraine im Krieg?

**DL:** Diese Entwicklung ist sehr interessant, das Ziel von 500.000 Rekruten. Soweit ich weiß – und ich glaube, die ukrainische Presse hat dies offengelegt – handelte es sich dabei um eine Bitte von Saluschnyj, dem General, der die Kriegsanstrengungen in der Ukraine leitet, gegenüber Selenskyj, wobei dieser anfangs zögerte, dieser Bitte nachzukommen, aber vielleicht hat er sich jetzt dazu entschlossen. Man muss wissen, dass es im Hintergrund eine tiefe Spaltung zwischen Saluschnyj und Selenskyj gibt. Und so denke ich, dass alle Anzeichen darauf hindeuten, dass gewalttätig gegen Personen vorgegangen wird, die Mitglieder des Regimes sind oder dem Regime nahe stehen. In der ukrainischen Presse wurde von einem schweren Konflikt zwischen den beiden berichtet. Es gibt Hinweise darauf, dass Selenskyj vielleicht einen Staatsstreich befürchtet, außerdem gibt es starke Anzeichen für Bedenken in seinem inneren Kreis, wie realitätsbezogen er ist. Es kann also sein – beweisen kann ich es jedoch nicht –, dass es ein Versuch von Selenskyj war, Druck auf ihn auszuüben, denn es ist außerordentlich schwierig, in der Ukraine weitere 500.000 Menschen zu rekrutieren. Es sind Videos aufgetaucht, über die übrigens auch die westlichen Medien berichtet haben, in denen ukrainische Beamte und Militärangehörige Menschen, Männer, gewaltsam festnehmen und in die Armee einberufen, sie von der Straße holen, in Hotels, zu Sportveranstaltungen und in Sporthallen bringen und sie buchstäblich gewaltsam aus einem zivilen Leben in ein militärisches Leben zwingen. Das Durchschnittsalter der Soldaten in der ukrainischen Armee liegt Berichten zufolge bei weit über 40 Jahren. Es ist offensichtlich, dass der Bestand an Männern im militärischen Alter, auf den die Ukraine zurückgreifen kann – man bedenke, dass es nicht nur zu einem massiven Blutbad auf dem Schlachtfeld gekommen ist, sondern dass darüber hinaus Millionen von Ukrainern aus dem Land geflohen sind, bevor die ukrainische Regierung in der Lage war, ihre Ausreise zu verhindern. Und es gibt viele, viele Männer im militärischen Alter, die sich nicht mehr in Reichweite der ukrainischen Regierung befinden. Es ist also bestenfalls Wunschdenken, dass dieses Rekrutierungsziel realisierbar sein wird. Es könnte aber auch ein Schachzug von Saluschnyj sein, um den Druck auf Selenskyj zu erhöhen. Was die Finanzierung angeht, so möchte ich zitieren, was Josep Borrell vor einigen Monaten und der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius im Abstand von einigen Tagen sagten. Sie erklärten, sollten die USA, sollte der Westen seine Unterstützung für die Ukraine einstellen, würde die Ukraine morgen fallen – morgen. Das war damals. Das ukrainische Militär hat nun eine verheerende Niederlage bei seiner Gegenoffensive erlitten. Es hat weit mehr Verluste erlitten als zu diesem Zeitpunkt. Die Infrastruktur des Landes ist im Vergleich zu damals in einem schlechten Zustand. Wenn sie also damals ohne westliche Unterstützung so anfällig für einen Zusammenbruch war, wird sich ihr Untergang jetzt noch schneller vollziehen. Für die Ukraine ist dies existenziell. Sie braucht Geld. Sie braucht riesige Mengen an Geld, nicht nur um Waffen zu kaufen oder ihre

Soldaten zu bezahlen, sondern auch um ihre Beamten und Ersthelfer zu entlohnen, zum Beispiel. Das kann sie nicht ohne Milliarden von Dollar aus dem Westen. Es ist also tragisch mit anzusehen, was passiert. Viele von uns haben vorausgesagt, dass das Land in diese Lage geraten würde, nachdem es so viel Vertrauen in westliche Regierungen gesetzt hat. Aber jetzt steht es kurz vor dem Zusammenbruch, und ohne westliche Unterstützung wird es kollabieren.

**ZR:** Einem aktuellen Bericht von Reuters zufolge hat sich der Wirtschaftsabschwung in Deutschland in diesem Monat verschärft. Sowohl das Produktions- als auch das Dienstleistungsgewerbe verzeichneten einen Rückgang, wodurch Deutschland in eine Rezession geriet. Deutschlands starkes Produktionsgewerbe wurde 2024, nach dem Einmarsch Russlands, besonders hart in Mitleidenschaft gezogen, da es stark von billigem Gas aus Russland abhängig war. Inmitten dieser Wirtschaftskrise leitet die deutsche Regierung ein Sparprogramm ein, das Mittel im Sozial-, Landwirtschafts- und Verkehrssektor sowie bei den Klimaschutzinitiativen kürzt. Ein Bereich, in dem keine Kürzungen vorgenommen werden, ist der 100-Milliarden-Euro-Sonderfonds für das Militär, den die deutsche Regierung 2022 eingerichtet hat, um der angeblichen Bedrohung durch Russland nach dessen Einmarsch in der Ukraine zu begegnen. Auch bei der Ukraine-Hilfe sind Kürzungen ausgeschlossen, die statt aus dem herkömmlichen Haushalt aus dem 100-Milliarden-Euro-Militärsonderfonds finanziert werden soll. Anfang dieser Woche unterzeichnete Deutschland außerdem eine historische Vereinbarung über die dauerhafte Erhöhung seiner militärischen Präsenz in Litauen von 850 auf 4800 Soldaten. Es ist jedoch unklar, wie dies finanziert werden soll, aber die Ankündigung wurde dennoch bereits gemacht. Wie beurteilen Sie das Handeln der deutschen Regierung in Zeiten der wirtschaftlichen Rezession?

**DL:** Das ist natürlich schrecklich für das deutsche Volk. Und ich muss sagen, Zain, dass dieser Politik eine Weltanschauung zugrunde liegt, die völlig realitätsfern ist. Sie basiert auf der Überzeugung, dass die russische Regierung, wenn die Ukraine fällt, dann die NATO ins Visier nehmen wird; ein NATO-Land oder mehr als ein NATO-Land. Wie John Mearsheimer wiederholt ausgeführt hat, wie Jeffrey Sachs, den Sie bei zahlreichen Gelegenheiten interviewt haben, wiederholt zum Ausdruck gebracht hat, gibt es absolut keine Beweise für die Absicht Russlands, ein NATO-Land anzugreifen. Und wenn man darüber nachdenkt, ist dies völlig unvereinbar mit der Position, die der Westen in Bezug auf die ukrainische Mitgliedschaft und die NATO einnimmt. Die Theorie, die sie vorgebracht haben, ist, dass ein NATO-Beitritt die Ukraine vor einem Angriff Russlands schützen würde. Gleichzeitig sollen wir aber glauben, dass Russland bereit ist, andere NATO-Mitglieder wie Polen, Lettland, Rumänien und Deutschland anzugreifen. Das ergibt überhaupt keinen Sinn. Warum sollte Russland das tun? Warum sollte es einen Atomkrieg riskieren, wenn es das größte Land der Welt ist? Es verfügt über reichlich Ressourcen, um seine Bevölkerung zu versorgen, wie sich in der Zeit der intensiven Sanktionen, der Sanktionen gegen Russland, gezeigt hat. Es gibt keinen Grund für sie, dies zu tun. Es gibt keine Erklärung der russischen Regierung, die dies

nahelegt. Und es wäre selbstmörderisch, wenn sie so etwas versuchen würden. Die deutsche Regierung opfert also im Grunde die Bedürfnisse des deutschen Volkes und stellt die Bedürfnisse des Militärs in den Vordergrund für eine Weltanschauung, die völlig losgelöst von der Realität ist. Und falls es das deutsche Volk tröstet, unsere Regierung hier in Kanada verhält sich genauso. Wir erhöhen die Militärausgaben, während man uns sagt, dass Sozialprogramme und die Bedürfnisse der Menschen darunter leiden müssen. Das Zitat von Chrystia Freeland lautet: „Wir müssen auf unseren Geldbeutel achten“, während sie die Militärausgaben erhöhen. Dies geschieht überall im Westen. Das ist ungeheuerlich. Und die Menschen überall sollten verlangen, dass unsere Regierungen endlich anfangen, dem Wohlergehen der einfachen Bürger Vorrang einzuräumen und die Militärausgaben zu senken.

**ZR:** Kommen wir zu Israels Krieg im Gazastreifen und den Entwicklungen, die sich in dessen Umfeld abspielen. Die USA haben vor kurzem die Entsendung einer Marineschutztruppe in das südliche Rote Meer angekündigt, um zu verhindern, dass jemenitische Houthis Handelsschiffe auf dem Weg nach Israel kapern. Weitere Länder, die sich beteiligen, sind das Vereinigte Königreich, Bahrain, Kanada, Frankreich, Italien, die Niederlande, Norwegen, die Seychellen und Spanien. Arabische Staaten wie Ägypten und Saudi-Arabien haben beschlossen, sich nicht zu beteiligen. Die führende deutsche Nachrichtensendung, die Tagesschau, schilderte die Situation in ihrem Beitrag vom 19. Dezember wie folgt. Zitat: „Seit Wochen fast täglich Angriffe auf Frachter und Containerschiffe, gestern sogar zwei. Diese Bilder veröffentlichten die Huthi-Milizen Ende November. Sie kapern ein Schiff und nehmen die Besatzung fest, eine deutliche Machtdemonstration. Sie setzen sich für die Ziele der Terrororganisation Hamas im Gazastreifen ein und greifen deshalb verstärkt Schiffe an, denen sie Verbindungen zu Israel unterstellen. Dagegen wollen die USA jetzt vorgehen“, Zitat Ende. Wie würden Sie die Aktionen der Houthis einordnen? Handelt es sich um Terrorismus, da sie auf Handelsschiffe zielen?

**DL:** Auf den ersten Blick ist es eine Verletzung des Seerechts, des Völkerrechts, auf Handelsschiffe zu schießen, und sicherlich keine Aktivität, die ich gutheiße. Aber lassen Sie uns auch das Gesamtbild betrachten. Nebenbei bemerkt, haben sie wiederholt gesagt, und es gibt keinen Grund, dieser Behauptung keinen Glauben zu schenken, dass sie nur Interesse an der Unterbindung der Handelsschiffahrt nach Israel haben. Sie haben immer wieder gesagt, dass sie nicht beabsichtigen, den kommerziellen Schiffsverkehr zu anderen Zielen innerhalb oder außerhalb des Roten Meeres zu behindern. Außerdem erklärten sie, dass sie ihre Angriffe auf israelische Schiffe oder Schiffe, die für einen israelischen Hafen bestimmt sind, einstellen werden, wenn das Blutbad im Gazastreifen aufhört und es einen dauerhaften Waffenstillstand gibt und die Belagerung aufgehoben wird. Sie fordern also im Grunde, dass Israel das Völkerrecht einhält. Das heißt, die grundlegenden Menschenrechtsgesetze. Und solange Israel das nicht tut, werden sie alles in ihrer Macht stehende tun, um den kommerziellen Schiffsverkehr zu behindern. Und wir sollten uns auch daran erinnern, dass sie zwar auf Handelsschiffe geschossen haben, was ich in keiner Weise gutheiße, aber meines

Wissens nach haben sie niemanden getötet. Sie waren also recht zurückhaltend bei ihren Versuchen, den kommerziellen Schiffsverkehr nach Israel zu unterbinden. Ihre Motivation ist rein. Und wir im Westen sollten uns eine Frage stellen. Wissen Sie, viele Leute, die ich in der Öffentlichkeit erlebe, empören sich, Oh, mein Gott, wie können sie nur die Handelsschiffahrt im Roten Meer behindern? Aber interessiert uns das Seerecht mehr als ein Völkermord? Ernsthaft? Ich meine, wenn wir uns so sehr um internationales Recht und humanitäres Recht sorgen, warum zwingen wir Israel nicht einfach, es einzuhalten, zum Beispiel durch Sanktionen, [unhörbar] den Waffenfluss nach Israel zu stoppen, um das Menschenrecht einzuhalten?! Und die Houthis haben sehr deutlich gemacht, dass sie dann die Handelsschiffahrt ungehindert im Roten Meer ein- und auslaufen lassen werden. Das ist der richtige Ansatz, um dieses Problem zu lösen. Und für mich als Kanadier ist es besonders absurd, dass die kanadische Regierung vor ein paar Tagen eine Resolution der UN-Generalversammlung unterstützt hat, in der ein Waffenstillstand im Gazastreifen gefordert wird. Und natürlich hat Israel diese Resolution, die von 153 Staaten unterstützt wurde, aber nur von zehn Staaten, darunter die Vereinigten Staaten und Israel, abgelehnt wurde, ignoriert. Und die kanadische Regierung, die sich dieser Koalition, dieser Marinekoalition, anschließt, ermöglicht es Israel, eine Resolution der UN-Generalversammlung, die sie unterstützt hat, weiterhin zu missachten. Das ist völlig inkohärent. Sie sollten Israel auffordern, sich an die Resolution zu halten, und damit wäre das Problem im Roten Meer gelöst.

**ZR:** Sie sprachen von der Abstimmung in der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Derzeit wird von den arabischen Staaten auch eine Abstimmung im UN-Sicherheitsrat vorbereitet, um Hilfslieferungen nach Gaza während eines vorübergehenden Waffenstillstands sicherzustellen. Diese verzögert sich jedoch weiter, da alle Bemühungen darauf gerichtet sind, die Resolution so zu gestalten, dass ein weiteres Veto der USA vermieden wird. Wie beurteilen Sie die bisherige Entwicklung, insbesondere die Rolle der USA auf der internationalen Bühne?

**DL:** Die USA sind derzeit international völlig in Verruf geraten. Auf Regierungsebene, aber auch auf der Ebene der einfachen Bürger, der Basis, ist der Name der USA inzwischen durch den Schmutz gezogen. Die Vorstellung, dass die Vereinigten Staaten für die Menschenrechte und das Völkerrecht einstehen, hat sich in Luft aufgelöst. Sie haben auf der internationalen Bühne jede Glaubwürdigkeit verloren. Und es ist bemerkenswert zu sehen – und wenn ich Amerikaner wäre, würde ich mich darüber ziemlich aufregen –, dass das Ansehen der Vereinigten Staaten untergraben wurde, um einen Völkermord zu ermöglichen. Ich denke, dies macht deutlich, dass die Politik der US-Regierung gegenüber Israel nicht im Interesse des amerikanischen Volkes ist. Das war sie nie. Amerika hat kein strategisches Interesse an der Erleichterung eines Völkermordes. Und selbst wenn es sich nicht um einen Völkermord handelt, Zain, was meiner Meinung nach eindeutig der Fall ist, sage ich als Jurist, dass mit Sicherheit mehrere Kriegsverbrechen begangen worden sind. Allein die Tatsache, dass die israelische Regierung der Zivilbevölkerung in Gaza Lebensmittel, Wasser, Medikamente und

Treibstoff vorenthält, ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Ob es nun einem Völkermord gleichkommt oder nicht. Und die Vereinigten Staaten unterstützen dies, die USA lassen dies nicht nur zu, sie stellen auch die Waffen zur Verfügung, mit denen das Morden geschieht. Die Vereinigten Staaten haben also ihr internationales Ansehen zerstört, was noch jahrzehntelang Konsequenzen für sie haben wird. Ich denke, das einzig Vernünftige und Richtige in dieser Situation ist die Beendigung der Blockadehaltung der Vereinigten Staaten. Dies geschieht eindeutig. Ich denke, dass die Vereinigten Staaten mit diesem Unfug, der sich im UN-Sicherheitsrat abspielt, wo jeder versucht, eine Formulierung zu finden, gegen die die Vereinigten Staaten kein Veto einlegen werden, in Wirklichkeit nur Zeit gewinnen, damit Israel noch mehr Menschen töten kann. Das ist es, worum es hier wirklich geht. Und sie wollen kein weiteres Veto einlegen, da der Aufruhr dieses Mal noch größer sein wird. Somit verzögert man, wie wir Kanadier sagen, den Puck und zieht die Verhandlungen über eine Formulierung in die Länge, gegen die man angeblich kein Veto einlegen wird. Ich halte das für eine Schande. Und ich denke, dass viele Menschen das durchschauen.

**ZR:** Meine nächste Frage haben Sie vielleicht schon beantwortet, aber ich stelle sie der Objektivität halber trotzdem. Wenn die USA ein Veto einlegen, wird in der Regel das Argument vorgebracht, welches auch in den deutschen Medien weit verbreitet ist, dass der ausgearbeitete UN-Resolutionstext niemals die Gewalt der Hamas verurteilt oder das Recht Israels auf Selbstverteidigung anerkennt. Was halten Sie von diesem Argument, das immer dann angeführt wird, wenn die USA ein Veto einlegen?

**DL:** Zunächst einmal: Warum sollte die Gewalt der Hamas verurteilt werden, ohne die weitaus schlimmere Gewalt des Staates Israel zu verurteilen? Nach Israels eigenen Angaben waren die militanten Palästinenser, und übrigens war am 7. Oktober nicht nur die Hamas beteiligt. Es war ganz klar, dass auch andere militante Gruppen involviert waren. Außerdem ist offensichtlich, dass Palästinenser, die offiziell keiner militanten Gruppe angehörten, die Absperungen durchbrachen und wahrscheinlich an den Morden beteiligt waren. Aber nehmen wir einmal an, dass alle Morde an diesem Tag von der Hamas begangen wurden. Nach israelischen Statistiken tötete die Hamas 36 Kinder, darunter ein oder zwei Babys, obwohl uns gesagt wurde, dass 40 Babys enthauptet worden seien. Es gibt keine Beweise für diesen Vorwurf. Aber sie haben im schlimmsten Fall 36 Kinder getötet. Israel hat in den letzten zweieinhalb Monaten nach vorsichtigen Schätzungen mehr als 8000 Kinder getötet. Nach Angaben von Euro Med Monitor, einer in Europa ansässigen Menschenrechtsorganisation, liegt die Zahl jetzt bei über 10.000 Kindern. Wir sprechen hier also davon, dass Israel möglicherweise 300 Mal so viele Kinder getötet hat wie die Hamas. Und wir werden die Hamas verurteilen, aber nicht Israel?! Und würden diese Leute eine Resolution unterstützen, tatsächlich haben wir das getan, wenn wir eine Formulierung hätten, die im Verhältnis zu den zivilen Todesopfern auf beiden Seiten stünde, denn sie wäre in Bezug auf Israel noch härter als in Bezug auf die Hamas. Dieses Argument ist also völliger Unsinn. Die Generalversammlung versucht, ausgewogen zu agieren und Denunziationen gänzlich zu vermeiden. Wir werden Israel nicht verurteilen. Wir werden die Hamas nicht

verurteilen. Wir wollen nur einen Waffenstillstand und humanitäre Hilfe für diese belagerte und geplagte Bevölkerung erreichen. Ich halte dies für ein völlig falsches Argument, das vorgebracht wird, um die Weigerung zu rechtfertigen, eine rein humanitäre Resolution zu unterstützen, die jeder anständig denkende Mensch unterstützen würde.

**ZR:** Nach Angaben der UN haben israelische Streitkräfte und Siedler seit dem 7. Oktober im Westjordanland, wo die Hamas nicht präsent ist und die Palästinensische Behörde regiert, mindestens 275 Menschen getötet, darunter mindestens 63 Kinder. Als Reaktion darauf kündigten die USA eine neue Politik an, nach der israelischen Siedlern, die Gewalt gegen Palästinenser im Westjordanland ausüben, die Einreise in die USA untersagt werden soll. In der vergangenen Woche begrüßten Deutschland, Frankreich und andere europäische Länder diese Politik und kündigten eine baldige Diskussion darüber an. Bislang wurden jedoch noch keine unmittelbaren, konkreten Maßnahmen ergriffen. Betrachten Sie diese neue Politik der Visabeschränkungen als einen Wandel in der westlichen Politik, die immer noch an die Idee einer Zweistaatenlösung glaubt, oder halten Sie sie für ein bloßes Lippenbekenntnis?

**DL:** Letzteres. Lassen Sie uns Folgendes bedenken. Zunächst einmal sind viele der Siedler, ich kenne die genaue Zahl nicht, aber ein erheblicher Teil von ihnen sind US-Bürger. Sie brauchen kein Visum, um in die Vereinigten Staaten einzureisen, also werden sie nicht von irgendeiner Art von Visabeschränkung oder Visumverbot betroffen sein. Und zweitens, diese Vorstellung, dass es so etwas wie gemäßigte Siedler gibt – basierend auf der Vorstellung, dass es extremistische Siedler und gemäßigte Siedler gibt – jeder einzelne Erwachsene, der in diesen Siedlungen lebt, nimmt an einem Kriegsverbrechen teil. Woher ich das weiß? Weil der Internationale Gerichtshof im Jahr 2004 einstimmig entschied, dass die Siedlungen gegen die Vierte Genfer Konvention verstoßen, wobei sogar der amerikanische Richter zustimmte. Und während dieser Zeit hat Israel die Siedlungen weiter ausgebaut. Es hat sie nicht nur nicht aufgelöst, sondern mit staatlicher Finanzierung und unter dem Schutz des israelischen Militärs weiter ausgebaut, und die Menschen dort wurden im Laufe der Zeit immer gewalttätiger gegenüber den Palästinensern und immer aggressiver, wenn es darum ging, sie ihres Landes zu berauben. Ich würde also die ganze Vorstellung anzweifeln, dass es so etwas wie einen erwachsenen Siedler gibt, der gemäßigt handelt. Sie alle sind an einem Kriegsverbrechen beteiligt. Und schließlich: Glaubt irgendjemand, dass diese Leute, so fanatisch wie sie sind, wenn sie bereit sind, einen Palästinenser zu töten, um ihn von seinem Land zu vertreiben oder ihn seines Landes zu berauben, das seit Generationen im Besitz dessen ist, dass diese Leute sich abschrecken lassen, nur weil ihnen die Einreise in die Vereinigten Staaten erschwert wird? Ich bezweifle das. Die eigentliche Frage lautet: Warum liefern die Vereinigten Staaten Waffen an Israel, wenn doch offensichtlich ist, dass Israel damit das Völkerrecht in jeder erdenklichen Weise missachtet? Warum liefert der Westen Waffen an Israel? Es sind nicht nur die Vereinigten Staaten. Kanada erlaubt weiterhin den Verkauf von Waffen an Israel. Soweit ich weiß, gestattet auch Deutschland Waffenverkäufe an Israel. Das ist der Kern des Problems. Und wir wollen diesem Blutbad ein Ende setzen.

Wir sollten den Fluss der Waffen stoppen. Das wäre eine sinnvolle Maßnahme. Alles andere ist reine Augenwischerei, Zain.

**ZR:** Ich möchte einige der Entwicklungen in Deutschland in Bezug auf Israel und Palästina hervorheben. Im November wurde die Verwendung des Slogans „from the river to the sea, Palestine will be free“ (zu deutsch: ‚Vom Fluss bis zum Meer wird Palästina frei sein‘) in Deutschland zu einer Straftat, die mit einer Gefängnisstrafe von bis zu drei Jahren oder einer Geldstrafe geahndet werden kann. Die Aussage „between the sea and the Jordan there will be only Israel's sovereignty“ (zu deutsch: ‚Zwischen dem Meer und dem Jordan wird es nur die Souveränität Israels geben‘), die in der Gründungsurkunde der Likud-Partei von 1977, der Partei, der der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu derzeit vorsteht, enthalten ist, wurde von der deutschen Regierung jedoch nicht unter Strafe gestellt. Außerdem muss ab diesem Monat im östlichen Bundesland Sachsen-Anhalt eine schriftliche Verpflichtungserklärung zur Anerkennung des Existenzrechts des Staates Israel abgegeben werden, um die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten. Kommentatoren und Analysten warnen, dass diese Schritte der Bundes- und Landesregierung eine Gefahr für die bürgerlichen Freiheiten darstellen. Wie beurteilen Sie diese Entwicklungen?

**DL:** Zunächst einmal beruht die Vorstellung, dass dieser Satz, der von palästinensischen Solidaritätsdemonstranten auf der ganzen Welt routinemäßig verwendet wird, in irgendeiner Weise zu einem Völkermord an der jüdischen israelischen Bevölkerung aufruft, auf einer völlig fehlerhaften Annahme. Diese Annahme besagt, dass das palästinensische Volk nicht frei sein kann, wenn das historische Palästina nicht von Juden gesäubert wird. Niemand, den ich in der palästinensischen Solidaritätsbewegung kenne, hat jemals diese Behauptung aufgestellt. Es ist durchaus möglich, dass die jüdische Bevölkerung Israels an ihrem derzeitigen Lebensort verbleibt und die Grundrechte genießt, die jede demokratische Gesellschaft ihren Bürgern zusteht, und dass das palästinensische Volk frei ist, zwischen dem Fluss und dem Meer; beides kann gleichzeitig Wirklichkeit werden. Woher ich das weiß? Weil ich in einem solchen Land lebe, Zain. Hier leben Palästinenser und Juden Seite an Seite in Freiheit und mit gleichen Rechten. Nichts kann das verhindern, außer, Sie wissen schon, Menschen mit bösem Willen im historischen Palästina. Mit dieser Formulierung wird lediglich gefordert, dass die Palästinenser mit der gleichen Würde und dem gleichen Respekt behandelt werden wie die jüdische Bevölkerung Israels. Und das kann auf zwei Arten geschehen. Entweder in einem einzigen Staat mit verfassungsmäßig geschützten Rechten für alle Bürger, unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder ihrer Religion, oder in zwei Staaten, die beide existenzfähig und wirklich unabhängig voneinander sind, aber Seite an Seite in Frieden leben. Das ist alles, was diese Formulierung beinhaltet. Und dass die deutsche Regierung und andere Regierungen und israelfreundliche Organisationen behaupten, dies sei ein Aufruf zum Völkermord, ist der Gipfel der intellektuellen Unredlichkeit. Und es ist ein schwerer Angriff auf unsere Freiheitsrechte, absolut.

**ZR:** Zu meiner letzten Frage. Wir befinden uns derzeit in einer Crowdfunding-Kampagne, um genügend Spenden zu sammeln, damit wir unseren unabhängigen und gemeinnützigen

Journalismus auch im Jahr 2024 fortsetzen können. Warum ist es Ihrer Meinung nach wichtig, dass Menschen Organisationen wie die unsere auch in Zukunft unterstützen?

**DL:** Man muss immer die Zeche zahlen, Zain, wie wir sagen. Mit anderen Worten, wenn Sie von einem Staat oder von Konzerngeldern abhängig sind, sei es durch ein Werbesystem oder durch direkte Spenden von Konzernen, werden Sie zwangsläufig, sagen wir, den Inhalt Ihrer Berichterstattung ändern müssen, um die Gunst Ihrer Geldgeber zu behalten. Sie haben keine andere Wahl, als das zu tun. Das Schöne an unabhängigen Medien ist, dass Menschen wie Sie, die diese Art von Arbeit machen, von diesen Zwängen befreit sind und über Themen sprechen können, die dringend zur Kenntnis genommen werden müssen, ohne Angst vor Vergeltungsmaßnahmen seitens einer Regierung oder eines Geldgebers. Ich kann nicht genug betonen, und das sage ich schon seit Jahren, dass ich selbst niemals eine Vergütung von einem gewinnorientierten Konzern, der so genannten Journalismus betreibt, oder von einer staatlich finanzierten Einrichtung akzeptieren werde, und das habe ich auch nie getan. Ich kann nicht genug betonen, wie wichtig die Unterstützung unabhängiger Medien für eine stabile Demokratie ist..

**ZR:** Dimitri Lascaris, unabhängiger Journalist und Menschenrechtsanwalt, vielen Dank, dass Sie sich heute Zeit genommen haben.

**DL:** Ich danke Ihnen. Und ich wünsche Ihnen alles Gute für die Weihnachtszeit.

**ZR:** Und danke für Ihr Interesse an der heutigen Sendung. Wenn Sie sich dieses Video bis zum Ende angesehen haben, nehmen Sie sich noch ein paar Minuten Zeit und klicken Sie auf die Beschreibung dieses Videos unten, um sich die Informationen zu unserer Crowdfunding-Kampagne anzusehen. Sollten wir unser Ziel erreichen, können wir Ihnen weiterhin eine unabhängige und kritische Perspektive auf die Entwicklungen in der Welt bieten, die Sie in den Leitmedien nicht finden werden. Wir nehmen kein Geld von Konzernen oder Regierungen an, daher sind wir nur auf Sie, unsere Zuschauer, angewiesen, um unseren unabhängigen Journalismus fortzusetzen. Wenn Sie sich also regelmäßig unsere Videos ansehen, sollten Sie sich noch heute beteiligen. Vielen Dank für Ihre Unterstützung und Großzügigkeit. Ich bin Ihr Gastgeber Zain Raza, bis zum nächsten Mal.

**AcTVism Munich:** Echte Demokratie braucht eine informierte Öffentlichkeit. Eine Öffentlichkeit, in der der Einzelne den Wert von Informationen erkennt, Informationen, die in den richtigen Kontext gestellt werden, einen Kontext, der unsere Überzeugungen herausfordert, und Überzeugungen, die nicht dogmatisch sind, sondern die wir entwickeln können. Wenn wir diese Elemente kombinieren, können wir eine der wichtigsten Säulen unserer Demokratie wiederbeleben und stärken. Den Journalismus. Die vierte Gewalt. Um Lösungen zu finden und Brücken zu bauen, anstatt zu dividieren und auszugrenzen. Dies ist unsere Vision als unabhängiges, gemeinnütziges Medienportal. Um sicherzustellen, dass wir unabhängig bleiben und unserer Vision treu bleiben können, nehmen wir keine Werbung oder Finanzierung von Konzernen oder Regierungen an. Unser Journalismus hängt vollständig von

Ihnen, der Öffentlichkeit, ab, um bestehen zu können. Gesellschaftlicher Wandel lebt von der Beteiligung. Werden Sie Teil des Wandels. Wenn jeder unserer Abonnenten nur drei bis fünf Euro pro Monat spendet, können wir gemeinsam ein Netzwerk schaffen, das einen wertvollen Beitrag zur Meinungsbildung leistet. All diese kleinen Beiträge ergeben zusammen etwas Großes.

**ENDE**

**Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:**

<b>BANKKONTO:</b>	<b>PAYPAL:</b>	<b>PATREON:</b>	<b>BETTERPLACE:</b>
Kontoinhaber: acTVism München e.V.	E-Mail: <a href="mailto:PayPal@acTVism.org">PayPal@acTVism.org</a>	<a href="https://www.patreon.com/acTVism">https://www.patreon.com/acTVism</a>	Link: <a href="#">Klicken Sie hier</a>
Bank: GLS Bank			
IBAN: DE89430609678224073600			
BIC: GENODEM1GLS			

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: [info@acTVism.org](mailto:info@acTVism.org)